

Zukunft Europa

4 Warum Solidarität eine Chance für Europa ist.

12 20 Jahre Euro: Rückblick und Ausblick.

22 WU-Alumnus Franz Vranitzky im Gespräch.

Bewerben Sie sich jetzt für unsere Bachelorprogramme



Bachelor of Science (BSc) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

- › Betriebswirtschaft
- › Internationale Betriebswirtschaft
- › Volkswirtschaft und Sozioökonomie
- › Wirtschaftsinformatik

Bachelor of Laws (LL.B.) Wirtschaftsrecht

Bachelor of Science (BSc) Business and Economics

wu.ac.at/studium/bachelor

N E W S

WU in internationalen Rankings

Die WU ist in zwei internationalen Hochschulrankings vertreten: Im von der „WirtschaftsWoche“ veröffentlichten Ranking liegt die WU auf Platz drei der forschungstärksten Universitäten für Betriebswirtschaft im deutschsprachigen Raum. Insgesamt zehn WissenschaftlerInnen der WU sind hier aufgelistet. Im World University Ranking by Subject schaffte die WU in der Disziplin Social Sciences & Management im Bereich Business & Management Studies den Sprung auf Platz 38 und ist damit in dieser Kategorie als einzige österreichische Uni unter den Top 5.

Bis 15. Mai für ein Bachelorprogramm der WU bewerben

Als eine der größten und modernsten Wirtschaftsuniversitäten Europas bietet die WU drei renommierte Bachelorprogramme an: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Wirtschaftsrecht und das englischsprachige Bachelorprogramm Business and Economics. Alle Bachelorstudien der WU sind Vollzeitstudien und dauern drei Jahre.

Das Studium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bietet eine profunde wirtschaftswissenschaftliche Grundausbildung und zeichnet sich durch eine Vielzahl an Wahl- und Spezialisierungsmöglichkeiten aus. Wirtschaftsrecht ergänzt eine vollwertige juristische Ausbildung durch betriebswirtschaftliche Grundlagen. Business and Economics vermittelt ein breites, interdiszi-



plinäres Verständnis von Wirtschaftsfragen in einem globalen Kontext. Alle BewerberInnen – auch SchülerInnen im Maturajahr – müssen sich bis 15. Mai für die Bachelorprogramme der WU online anmelden und ein Online-Self-Assessment als ersten Schritt im mehrstufigen Aufnahmeverfahren absolvieren. wu.ac.at/studium/bachelor

Sprachkurse für Externe geöffnet

Die WU ist bekannt für ihr breites Sprachangebot: In Zukunft werden die Kurse im neu gegründeten Kompetenzzentrum für Wirtschaftssprachen gebündelt. Ab dem Sommersemester stehen die Grundkurse auch externen Personen gegen Gebühren zur Verfügung. Weiterhin kostenfrei bleiben Sprachkurse, die Teil des Lehrveranstaltungsprogramms sind und ab Maturaniveau ansetzen, sowie alle Angebote des Raiffeisen Sprachlernzentrums. wu.ac.at/zfw

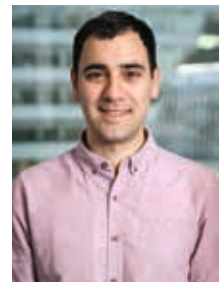
WU4Juniors: Wirtschaft einfach erklärt

Wofür zahlen wir Steuern? Wer „macht“ eigentlich Wirtschaft? Und sind die beworbenen Null-Euro-Handys wirklich gratis? Die WU startet ein Bildungsprogramm, um die ökonomischen Kompetenzen von Jugendlichen aller Schultypen zwischen 16 und 19 Jahren zu stärken. WU4Juniors besteht aus zwei aufeinander aufbauenden Komponenten: Kostenlosen interaktiven Onlinemodulen auf der öffentlich zugänglichen Lernplattform LearnPublic, sowie einer zweiwöchigen Summerschool ab Juli 2019 mit 30 Plätzen für besonders engagierte TeilnehmerInnen.

Das Programm kann als Ergänzung in den Unterrichtgegenständen Geografie und Wirtschaftskunde, Geschichte und Sozialkunde sowie Politische Bildung und Mathematik eingesetzt werden. Die Berndorf Privatstiftung und die Industriellenvereinigung unterstützen das Projekt bereits – damit es ausgeweitet werden kann, ist die WU auf der Suche nach weiteren KooperationspartnerInnen. wu.ac.at/wu4juniors

Neuer WU-Professor Armon Rezaei

Die WU begrüßt einen neuen Professor: Seit Dezember 2018 hat Armon Rezaei die Stiftungsprofessur Sozioökonomie der Arbeit inne. Er promovierte 2009 als Fulbright Stipendiat – eines der renommiertesten Stipendienprogramme der Welt – an der New School for Social Research in New York. Seit 2014 ist er assoziiertes Mitglied am Oxford Centre for the Analysis of Resource Rich Economies der University of Oxford. Von 2017 bis 2018 war Rezaei Director of Policy am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.



Armon Rezaei forscht seit 2009 an der WU und wurde 2015 dort habilitiert.

Hilfe für Scholars at Risk

Seit Jänner 2019 ist die WU Mitglied im internationalen Netzwerk Scholars at Risk, das sich um die Freiheit der Wissenschaft und Forschung bemüht. Damit bietet die WU bedrohten oder verfolgten WissenschaftlerInnen die Möglichkeit, als Gast an der WU zu forschen. „Eine Selbstverständlichkeit, sich der Verantwortung nicht zu entziehen“, sagt WU-Rektorin Edeltraud Hanappi-Egger.

Zukunft Europa: Gemeinsam auf Kurs

Wirtschaftspolitische Entwicklungen wie der Brexit und ein erstarkender Nationalismus stellen die EU vor große Herausforderungen – welche Errungenschaften die Europäische Union erzielt hat, wird hierbei oft vergessen. Wie kann Europa auch in Zukunft einen gemeinsamen Kurs finden?



Der 25. März 1957: Es regnet, als sich am römischen Kapitol Staatsmänner in dunklen Anzügen zusammenfinden. Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande werden an diesem historischen Nachmittag die „Geburtsurkunde“ der Europäischen Union unterschreiben, indem sie unter anderem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründen. Das Ziel des Vertrages: Der freie Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr soll sich nicht mehr von Staatsgrenzen einengen lassen. Durch die wirtschaftliche Verflechtung wird man das erfolgreichste Friedensprojekt der neueren Geschichte eingehen – doch mehr als 60 Jahre später muss sich die EU großen Herausforderungen stellen. Der bisher größte Rückschlag: Großbritanniens geplanter Austritt, der Brexit, der 2016 bei einem Referendum entschieden wurde. „Alle waren vom Ergebnis überrascht“, sagt Volker Samonigg, WU-Absolvent, Managing Director und Head of Business Development für Deutschland und Österreich bei der Investment-Management-Firma Barings in London. Für viele in Großbritannien gebe es kein klares Ja oder Nein zur EU, denn die Zusammengehörigkeit sei nicht hineingewebt in die tägliche Denke der Menschen, wie das etwa in Österreich der Fall sei – vielmehr spielen Tradition und Geschichte eine große Rolle. Einen Grund dafür vermutet Volker Samonigg in der Geografie: „Großbritannien ist eine Insel und ‚dort über dem Meer‘ liegt Europa.“ In Kontinentaleuropa sei man hingegen schneller an Staatsgrenzen und habe leichter Kontakt zu anderen Menschen und Kulturen. „Dieses Gemeinsame, das Geben-Nehmen-Prinzip, das Koalitionen bilden in der EU – das haben die Engländer total versäumt“, so Samonigg. „Dabei sind wir die EU. Man muss sich zusammenschließen, denn gemeinsam ist man stärker.“ Beim Referendum zum Austritt sah das mehr als die Hälfte der WählerInnen anders: 51,9 Prozent stimmten für einen Brexit.

„Das Vereinigte Königreich hatte immer eine spezielle Sicht auf die EU“, erklärt Harald Oberhofer, Professor am WU-Institut für Internationale Wirtschaft. „Man hat immer nur den Vorteil der Zollunion und nicht den des Binnenmarktes gesehen.“ Nach dem Motto „Take Back Control“ will man nach einem Brexit wieder vermehrt innerhalb des Vereinigten Königreiches entscheiden – etwa die Regelung der Migration. Im Brexit-Wahlkampf wurde das Bild gezeichnet, dass die Arbeitsplätze für einheimische Personen durch die Zuwanderung im Binnenmarkt verloren gehen.

Harald Oberhofer ist Professor am WU-Institut für Internationale Wirtschaft.



„Die positiven Effekte der EU haben im Vereinigten Königreich überwogen. Die Frage ist, wie sich diese verteilt haben und ob sie überall ankamen.“

Harald Oberhofer

„Das Vereinigte Königreich ist eines der wenigen Länder, das nach dem Beitritt keine Übergangsfristen für die Arbeitsmarktfreizügigkeit angewendet hat“, so Oberhofer. „Man kann diskutieren, ob das ein politischer Fehler war.“ Außerdem erhofft man sich, durch einen Austritt – aus der Tradition des Commonwealth of Nations heraus – etwa mit Kanada, Australien, Neuseeland und den USA bessere Konditionen verhandeln zu können. „Doch die ökonomischen Argumente für einen Austritt sind schwach, die positiven Effekte der EU haben im Vereinigten Königreich überwogen“, betont Oberhofer. „Die Frage ist, wie sich diese verteilt haben und ob sie überall ankamen.“


Konsequenzen eines Brexits

Der Brexit ist ein historisches Ereignis: Noch nie zuvor verließ ein Land die EU. Die ökonomischen Konsequenzen können deshalb nur geschätzt werden. „Wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sind sich einig, dass der Brexit schlecht für das Vereinigte


 Königreich, Europa und die globale Wirtschaft sein wird“, sagt Jeffrey Owens, Professor am WU-Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht. Es wird erwartet, dass nach einem Brexit der Lebensstandard im Vereinigten Königreich sinken und multinationale Unternehmen ihre Investments umsiedeln werden. „Jenen Bereichen der britischen Wirtschaft, die stark auf ImmigrantInnen aus der EU aufbauen, etwa dem Tourismus oder dem Gesundheitswesen, wird es nach einem Brexit an Fachkräften fehlen“, so Owens. Medikamentenzulassungen, die innerhalb der EU gültig waren, müssen neu geregelt werden. Britische Fluglinien könnten ihre Lizenzen in der EU verlieren und die verbleibenden Mitgliedstaaten die Überflugrechte. Außerdem ist das Vereinigte Königreich als Nettoimporteur von Agrarprodukten auf landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland angewiesen. „Der Brexit ist ein Paradebeispiel dafür, dass Referenden zu komplexen Themen nicht sinnvoll sind“, sagt Owens. In vielen Fällen sei es keine Wahl gegen die Mitgliedschaft in der EU gewesen, sondern vielmehr gegen die Globalisierung, offene Grenzen für ZuwanderInnen und die Eliten. Doch wie stark wird ein Brexit Österreichs Wirtschaft treffen? Der bilaterale Handel mit Großbritannien ist an neunter Stelle im Ranking der Handelspartner Österreichs. „Ein paar Unternehmen könnten einen wirtschaftlichen Dämpfer abbekommen, aber insgesamt bedeutet der Brexit für die österreichische Wirtschaft keine Tragödie“, sagt Eva Eberhartinger, Professorin an der WU-Abteilung für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre. Doch österreichische Unternehmen mit Handelsbeziehungen oder Sitz in Großbritannien verlieren nach einem Brexit den ungehinderten Zugang zum englischen Markt. „Aus steuerlicher Sicht wird Großbritannien zu einem Drittland und es entfallen etwa Begünstigungen für konzerninterne Transaktionen. Daher wird zum Beispiel eine Gewinnausschüttung einer europäischen Tochter nach Großbritannien – oder auch umgekehrt – auf einmal quellensteuerpflichtig“, so Eberhartinger. Gleiches gilt etwa auch für die Zahlung von Lizenzgebühren. Außerdem gibt es ein spezielles Problem mit einer englischen Rechtsform, der Limited, die einer GmbH ähnelt: „Es gibt einige Gesellschaften, die zwar ihren Verwaltungssitz in Österreich haben, jedoch in Großbritannien registriert sind. Diese spezielle Konstruktion gilt momentan als GmbH, aber wenn Großbritannien ohne eine Brexit-Vereinbarung ausscheidet, kann es passieren, dass die Rechtsfähigkeit nicht mehr anerkannt wird

und die GesellschafterInnen nun persönlich haften“, erklärt Eberhartinger. Ein weiteres Thema ist der Datenschutz und Datenverkehr, denn die DSGVO gilt lediglich in der Europäischen Union. „Der Brexit bringt für Unternehmen also eine Vielzahl an Unsicherheiten – etwas, das Unternehmen gar nicht mögen“, sagt Eberhartinger.

Solidarität als Chance

Auch wenn die Nachteile überwiegen, seien laut Harald Oberhofer auch positive Effekte des Brexits zu beobachten: „Es zeigt sich ein Konsens: Bei so wichtigen Dingen funktioniert es in der EU, dass man sich abspricht, zur Position steht und diese beibehält.“ Die Debatte darum, wer als nächstes austreten werde, sei abgeflaut – auch in Österreich wurde kurzzeitig mit einem Öxit kokettiert. „Die Menschen haben gelernt, dass ein Austritt viele Schwierigkeiten und große Kosten mit sich bringt und die Alternative zur EU keine rosige ist.“ Mit dieser Einsicht könne man den Fokus wieder darauf richten, Problemfelder innerhalb der EU zu bearbeiten. Auch Gabriele Tondl, außerordentliche Professorin am WU-Europainstitut, sieht an den aktuellen Entwicklungen in der EU positive Seiten: „Es zeigt sich, dass sich die Menschen mit den Themen der EU und den anderen Mitgliedstaaten auseinandersetzen.“ Problematisch sei es dann, wenn zu einem Rundumschlag ausgeholt werde. Denn man müsse sich vor Augen halten, was die EU erreicht hat: Sie ist eine Friedensgesellschaft mit politischer Stabilität und ein Schirm für die osteuropäischen Länder in ihrem politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess. Zwischen den EU-Staaten ist eine intensive wirtschaftliche Verflechtung entstanden, der von Österreich betriebene Handel findet zu zwei Dritteln im EU-Binnenmarkt statt. Ein vermehrter Wettbewerb führte zu Preissenkungen in der EU und der Euro bewies sich als krisentaugliche Währung. Viele dieser EU-Vorteile werden mittlerweile als selbstverständlich gesehen, so Tondl: „Etwa, dass heute nicht mehr die Lkw am Brenner im Stau stehen und wir dann verdorbene Ware bekommen. Dass wir Produkte aus dem Internet bei einer holländischen Firma bestellen können, mit derselben Währung zahlen und es überall die gleichen Versicherungs- und Konsumentenschutzbestimmungen gibt. Und wir unsere Pension ohne irgendwelche Hürden in Mallorca verbringen können.“ Auch, dass die EU unsere Interessen international vertritt, etwa in der Handelspolitik, wird kaum zur Kenntnis
 
 genommen. „Das wäre für die einzelnen



Jeffrey Owens ist Professor am WU-Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht.

„Der Brexit ist ein Paradebeispiel dafür, dass Referenden zu komplexen Themen nicht sinnvoll sind.“

Jeffrey Owens



„Die EU-Mitgliedstaaten können sich kein Einzelgängertum erlauben.“

Gabriele Tondl

Gabriele Tondl ist außerordentliche Professorin am WU-Europainstitut.



▶ Mitgliedstaaten in diesem Ausmaß gar nicht möglich. Die EU-Mitgliedstaaten können sich kein Einzelgängertum erlauben.“

EU-interne Spannungen entstehen besonders oft durch die Unterschiede zwischen den Kern- und Peripheriestaaten, zum Beispiel in der Effizienz der öffentlichen Verwaltung. In Peripheriestaaten – etwa den südlichen Ländern, wie Portugal, Spanien, Griechenland und den osteuropäischen Ländern – sind die Kontrollprozesse für die staatliche Verwaltung schwach ausgebaut. Deshalb müsse man einander unter die Arme greifen: „Man erinnere sich, dass bei der Schuldenkrise in Griechenland die EU sofort die Troika eingesetzt hat, um die Umsetzung von Sparmaßnahmen zu überwachen“, sagt Tondl. Bei Finanz- und Schuldenkrisen einzelner Mitgliedstaaten reagiert die EU zumeist über den ESM, den Europäischen Stabilitätsmechanismus – eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. „Zusätzlich zum Eigenkapital kann der ESM über 600 Milliarden Euro an Anleihen ausgeben und Kredite aufnehmen. Da diese Anleihen und Kredite des ESM von den Euromitgliedstaaten garantiert werden, verfügt der ESM über eine Topbonität“, erklärt Josef Zechner, Professor am WU-Institut für Finance, Banking and Insurance. Der ESM kann sich daher am Kapitalmarkt zu sehr günstigen Bedingungen refinanzieren. Wenn ein EU-Mitgliedstaat in finanzielle Schwierigkeiten kommt und den Zugang zum Kapitalmarkt verliert, können den betroffenen Ländern günstige Kredite zur Verfügung gestellt werden. „Zusätzlich kann er auch Staatsanleihen dieses Staates am Sekundärmarkt kaufen und er kann dem betroffenen

Josef Zechner ist Professor am WU-Institut für Finance, Banking and Insurance.

„Die relativ enge Sicht der Krisenbekämpfung hat zum Erfolg von populistischen Parteien sowohl in den Empfängerländern als auch in den Geberländern beigetragen.“

Josef Zechner

Mitgliedstaat eine Kreditlinie und Kredite zur Verfügung stellen, um die Kapitalisierung seiner Finanzinstitutionen zu verbessern.“

Stabil trotz Schulden- und Finanzkrisen

Wenn man auch die Vorgängerinstitution des ESM berücksichtigt, dann gab es bisher Programme für fünf Staaten im Euroraum: Irland, Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern. Da bis jetzt noch keine Forderungen des ESM ausgefallen sind, haben die EU-Rettungsprogramme die Budgets der Euromitgliedstaaten nicht belastet. „Man könnte sogar argumentieren, dass Kerneuropaländer wie Deutschland oder Österreich durch den Zinsspread verdienen und durch den EZB-Ankauf von höher verzinslichen Anleihen aus Peripherieländern Gewinne entstanden sind“, sagt Zechner. Auf Krisen der Mitgliedstaaten reagierte der Euroraum bisher hauptsächlich mit Hilfskrediten, die an die Erfüllung strenger Anpassungsprogramme geknüpft waren. „Diese relativ enge Sicht der Krisenbekämpfung hat zum Erfolg von populistischen Parteien sowohl in den Empfängerländern als auch in den Geberländern beigetragen“, so Zechner, und Tondl ergänzt: „Natürlich ist es schwierig, Solidarität einzumahnen, wenn die Öffentlichkeit finanzielle Einbußen fürchtet. Aber da muss den BürgerInnen verstärkt der EU-Gesamtnutzen vermittelt werden.“

Einer der großen EU-Vorteile ist der Freihandel – der historische Kern, aus dem die Europäische Union vor mehr als 60 Jahren entstanden ist, und auf dem sie noch immer aufbaut. „Eine der ältesten Erkenntnisse der Volkswirtschaft ist, dass ▶

„Insgesamt bedeutet der Brexit für die österreichische Wirtschaft keine Tragödie.“

Eva Eberhartinger

Ingrid Kubin ist Professorin am WU-Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung.



Eva Eberhartinger ist Professorin an der WU-Abteilung für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre.

„Besonders kleine Länder sollten sich die Chancen, die der internationale Handel bietet, nicht entgehen lassen.“

Ingrid Kubin

internationaler Handel zu Wohlstand führt“, erklärt Ingrid Kubin, Professorin am WU-Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung. Meist sind verschiedene Länder auch unterschiedlich produktiv, wenn es um die Erzeugung von bestimmten Gütern geht. So exportieren Länder jene Güter, die sie billig erzeugen können, und importieren den Bedarf an restlicher Ware. Beispiel hierfür ist etwa die Textilbranche, in der Österreich nur schwer mit Niedriglohnländern konkurrieren kann – Textilien werden daher großteils importiert. Dafür exportiert Österreich unter anderem vermehrt Industriegüter. Offenheit der Grenzen und Außenhandel setzt die Unternehmen internationaler Konkurrenz aus, gleichzeitig werden aber auch die Absatzmärkte vergrößert und Produktionskosten und Preise können reduziert werden. Für die KonsumentInnen sinken die Preise und sie können aus einer größeren Vielfalt an in- und ausländischen Produkten wählen. Die großen Märkte erlauben außerdem Investitionen in Innovation, etwa

für technischen Fortschritt. Und langfristig gesehen sichert eine Handelsöffnung den Unternehmensstandort in Ländern mit einem kleinen Binnenmarkt, weil die Abwanderung verhindert werden kann. Es gibt aber ebenso VerliererInnen des Außenhandels – zum Beispiel, wenn ArbeiterInnen aus den eingeschränkten Sektoren in einem Land ihren Job verlieren. „Die Vorteile einer Handelsöffnung überwiegen, gleichzeitig schafft sie aber auch Konflikte und Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik“, erklärt Kubin. „Doch besonders kleine Länder sollten sich die Chancen, die der internationale Handel bietet, nicht entgehen lassen.“ In Zukunft wird es im Vereinigten Königreich wieder verstärkte Grenzkontrollen geben, die den internationalen Handel erschweren. Was einst durch die Römischen Verträge erreicht wurde, geben die BritInnen mit einem EU-Austritt auf. Welche Konsequenzen das konkret für das Vereinigte Königreich mit sich bringen wird, steht noch in den Sternen. //



Georg Kodek ist Professor am WU-Institut für Zivil- und Zivilverfahrensrecht und akademischer Leiter an der WU Executive Academy.

Was der Brexit für UnternehmerInnen bedeutet

Mit einem Brexit rutscht das Vereinigte Königreich über Nacht in ein neues Rechtssystem. Britische Unternehmen haben damit weder EU-Freiheiten noch Zugang zum EU-Markt. „Sie werden dann genauso behandelt wie ein amerikanisches oder chinesisches Unternehmen“, erklärt Georg Kodek, Professor am WU-Institut für Zivil- und Zivilverfahrensrecht und akademischer Leiter an der WU Executive Academy. Viele Unternehmen verlegen bereits ihr Head Office nach Irland, Frankreich oder in die Niederlande, um sich den Zugang zum EU-Markt zu bewahren. Österreichische Unternehmen müssen sich für ihre entsandten ArbeitnehmerInnen im Vereinigten Königreich um ein Visum und eine Arbeitserlaubnis kümmern. „Und andere Produktanforderungen, die Dienstleistungsfreiheit und Zölle werden zum Thema“, so Kodek. Für Produktionsbetriebe ist durch einen Brexit die Lieferkette in Gefahr, denn mit dem Grenzübertritt fallen Zollformalitäten an. „Die einzige Branche, auf die sich der Brexit positiv auswirken könnte, sind Speditionen,

die zusätzliche Aufträge zur Verzollung bekommen könnten“, sagt Kodek. „Das wird insgesamt aber den sinkenden Waren- und Dienstleistungsumsatz nicht ausgleichen können.“

VORBEREITUNG AN DER WU

Viele Faktoren für Unternehmen seien noch nicht entschieden worden: „In Panik auszubrechen ist jedenfalls nicht sinnvoll – zuerst muss man abwarten“, sagt Kodek. Ein Brexit hätte für britische Unternehmen wahrscheinlich drastischere Auswirkungen als für europäische. Die Studierenden der WU werden an der WU Executive Academy bereits auf die Konsequenzen eines Brexits vorbereitet, denn als akademischer Leiter des Master of Legal Studies (European Business Law) ist es Kodek wichtig, die Fächer aktuell zu gestalten. Das Studium vermittelt die juristischen Kenntnisse, die es braucht, um in Europa zu arbeiten: „Wir sind auf die Internationalität stolz – der Master ist der erste wirklich rechtsordnungsübergreifende Lehrgang.“ executiveacademy.at/mbf

Warum fehlt es an einem gemeinsamen Europagefühl?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Einer davon ist, dass wir keine EU-weite Öffentlichkeit haben, wo wir uns als EU-BürgerInnen austauschen können. Wir haben eventuell nicht Zugang zu den gleichen Informationen. Denn generell berichten die nationalen Medien verstärkt aus ihrer nationalen Sicht – da gibt es auch Interessen, die nicht EU-positiv sind. Die nationale Politik hat nicht in erster Linie das Interesse, die EU positiv darzustellen, sondern vielmehr die eigene Partei. Wenn etwas Negatives passiert, wird der schwarze Peter gerne der EU zugespült. Außerdem fehlt eine Wir-Konstruktion. Oft hört man von PolitikerInnen: „Das sind nicht wir, das ist die EU in Brüssel.“ Hier passiert eine Abgrenzung auf nationalstaatlicher Ebene: Einerseits mit einer räumlichen Distanzierung, andererseits mit der Separierung in wir und die EU. Obwohl wir ja die EU sind, wird diese als eine separate Körperschaft dargestellt. Wenn es dann in der Brexit-Debatte in Großbritannien heißt: „We have to regain control“, dann wird damit die Konstruktion von einem Geben und Nehmen geschaffen. Die EU nimmt uns etwas und wir geben, etwa Entscheidungsgewalt. Dass die Nationalstaaten die EU formen, geht sprachlich verloren.



Susanne Kopf ist Forscherin am WU-Institut für Englische Wirtschaftskommunikation.

Wie kann man dem entgegenwirken?

Um eine EU-Identität zu stärken wäre es unter anderem wichtig, transnationale Plattformen zu etablieren, also EU-weit verfügbare Medien. Im Internet könnte das vielleicht funktionieren, doch abgesehen von Sprachbarrieren haben wir online das Problem, dass wir uns oft in unseren Filter Bubbles bewegen, wodurch wir verstärkt die Information bekommen, die wir hören wollen. Weil wir uns online stark separiert voneinander in abgegrenzten ideologischen Räumen bewegen wäre es wichtig, bereits in der Schule die kritische Medien- und Kommunikationskompetenz zu fördern. Wenn man nun konkret eine Kampagne zur Stärkung der EU starten würde, dann müsste man jedenfalls versuchen, die Wir-Messages zu stärken. Das müsste im nationalen Kontext passieren, etwa durch PolitikerInnen, aber auch auf medialer Ebene. Außerdem wäre es wichtig, stärker zu betonen, dass wir uns für die EU entschieden haben und es eine bewusste Entscheidung der BürgerInnen war – gerade in Österreich. Sonst schürt das Ohnmacht und Angst. Und Angst bringt bekanntlich nicht das Beste im Menschen hervor.

Was sind Fake News und wie verbreiten sie sich?

Der Begriff Fake News ist nicht trennscharf und wird für verschiedene Arten von Desinformation verwendet. Zum einen zur Bezeichnung von Falschinformationen, das heißt Informationen, die nachweislich unwahr sind, neuerdings aber auch für irreführende Informationen oder Halbwahrheiten: etwa Übertreibungen, das inkorrekte Zitieren von Aussagen und die bewusste Verbreitung veralteter Informationen. Falsche oder irreführende Informationen werden etwa bei Auseinandersetzungen in der Politik verwendet, um KonkurrentInnen zu diffamieren. Außerdem wird der Begriff ironisch verwendet, um etwa Personen oder Medien zu verspotten. Die Grenzen zwischen einer scherzhaften und einer verleumdnerischen Verwendung sind fließend. Insofern sind Fake News kein neues Phänomen, doch die Verwendung des Sammelbegriffs hat stark zugenommen. Zudem ist eine Professionalisierung bei der Fabrikation und Verbreitung von Fake News zu beobachten. Oft sollen so seriöse Informationsquellen diskreditiert, eine Gegenrealität erzeugt und die InformationskonsumentInnen verunsichert werden. Bei professionell erstellten Falschmeldungen ist häufig erst ein Fact Checking fähig, die Falschinformation zu entlarven. Es gibt Bemühungen, ein besseres Verständnis der Informationsflüsse zu erreichen. Soziale Medien tragen erheblich zur Verbreitung von Fake News bei, auch durch die fehlende Eintrittshürde, die eine unmittelbare Verbreitung ermöglicht, ohne sich an die redaktionellen Standards von Qualitätsmedien oder wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen halten zu müssen.

Mark Strembeck ist Forscher am WU-Institut für Information Systems & New Media Lab.



Welche Auswirkungen haben Fake News auf die EU?

Das aktuell prominenteste Beispiel dürften die Folgen der Kampagne sein, die zum Brexit-Referendum geführt hat. Am Beginn stand die Behauptung, dass Großbritannien 350 Millionen Pfund pro Woche an die EU zahlt, die man sich bei einem Austritt sparen könnte. Nicht nur hat sich dieser Betrag als falsch erwiesen, vielmehr steht Großbritannien durch den anstehenden Brexit bereits heute finanziell schlechter da. Dieses Beispiel zeigt, welche schwerwiegenden Folgen Desinformation haben kann. Menschen fällt es häufig schwer, voreingenommene Informationen zu erkennen. In der EU gibt es Initiativen dagegen. Im Jahr 2018 ging zum Beispiel eine diesbezügliche Mitteilung der Europäischen Kommission an das EU-Parlament. Zudem wurden ein Report des Joint Research Centre und der Bericht einer High Level Expert Group veröffentlicht. Die Empfehlung der ExpertInnengruppe: Unter anderem die Stärkung des seriösen Journalismus und eine Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung.

Tipp: „WU matters. WU talks.“: „Darf man das sagen?“. Am Campus WU zu Gast sind Politikerin Sigrid Maurer, Herausgeber Michael Fleischhacker und Verfassungsrichter Michael Rami. wu.at/matters-meinungsfreiheit

Gemeinsame Währung als Erfolgsgeschichte

Vor 20 Jahren wurde der Euro als Buchgeld eingeführt. Die osterreicherInnen sind mit ihrer Währung laut Studien sehr zufrieden – wird es den Euro bald auch als digitale Währung geben?

Die junge Generation kennt von Kindesbeinen an nur eine Währung: den Euro. Die europäische Gemeinschaftswährung feierte im Jänner 2019 ihr 20-jähriges Bestehen als Buchgeld. Die Ausgabe der Euromünzen und der Euroscheine fand drei Jahre später statt, seit 2002 ist der Euro als Bargeld im Umlauf. „Der Euro ist eindeutig eine Erfolgsgeschichte“, betont Ewald Nowotny, Gouverneur der österreichischen Nationalbank und Träger des WU-Ehrenrings. Er zitiert aus einer aktuellen Studie, wonach 76 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit dem Euro „sehr oder eher zufrieden sind“, ein Wert, der seit 2008 nicht mehr erreicht worden ist. „Aus den ursprünglich elf Euroländern wurden im Lauf der Jahre 19 EU-Mitglieds-länder, in denen der Euro gilt“, erklärt Nowotny. „Hinter dem Euro steht eine große und starke Volkswirtschaft.“ Für rund 340 Millionen BurgerInnen ist der Euro das offizielle Zahlungsmittel und seine Bedeutung zeigt sich deutlich in den Handelszahlen: „36 Prozent des Welt-handels werden mittlerweile in Euro abgerechnet – im Vergleich dazu sind es 40 Prozent, die in US-Dollar fakturiert werden“, so Nowotny. Anders sieht der Vergleich bei den Währungsreserven der nationalen Notenbanken aus. „Hier hat der US-Dollar einen Anteil von 63 Prozent, während der Euro auf 20 Prozent kommt.“ Dieses Ungleichgewicht habe vor allem mit dem starken und differenzierten US-Kapitalmarkt zu tun. US-Staatsanleihen sind immer noch die wichtigste Reservewährung der Welt.

Krisen überstanden

„Für die junge Generation sind viele Vorteile, die der Euro bietet, eine Selbstverständlichkeit“, sagt Andreas Resch, stellvertretender Vorstand des WU-Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Dass man früher, um etwa in Italien einkaufen zu können, den österreichischen Schilling in Italienische Lire wechseln musste, kennen viele heute nur noch aus den Lehrbüchern der Wirtschaftsgeschichte. „Das Bestehen vieler unter-

schiedlicher Währungen hat die Wirtschaft in Europa einiges an Effizienz gekostet“, führt Resch aus. Um Wechselkursrisiken und Währungsmanagement kam kein exportierendes Unternehmen herum. „Anfang der 1970er-Jahre gab es die ersten Überlegungen für eine europäische Währung“, so Resch. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems mit seinen fixen Wechselkursen kam es zu Turbulenzen in den Weltwahrungssystemen. „Um die Wechselkurse der europäischen Währungen stabil zu halten, wurde 1979 dann das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen.“

Im EWS durften die Währungen zueinander in einem gewissen Verhältnis schwanken. „Die Bandbreite von rund 2,25 Prozent musste eingehalten werden – war das nicht der Fall, waren die nationalen Zentralbanken verpflichtet, einzugreifen“, führt Resch aus. „Im Rahmen sogenannter Realignments konnten im Rahmen des EWS Ab- und Aufwertungen vereinbart werden“, erklärt er. Großbritannien war zwar nicht immer Mitglied im EWS, lieferte allerdings einen neuen Anlass, den Ausbau der Wirtschafts- und Wahrungunion zügig voranzubringen. Als 1992 gegen das Britische

Pfund – das wieder im EWS vertreten war – spekuliert worden ist, rückte in vielen Ländern das Bewusstsein ihrer Exponiertheit gegenüber WahrungsspekulantInnen ins Rampenlicht. Ende der 1980er-Jahre waren neuerlich Vorbereitungsarbeiten für den Euro im Gange, und mit dem Fall der Berliner Mauer wurde auch die Landkarte Europas neu gezeichnet. „Zahlreiche BeobachterInnen sahen die deutschen Bemühungen, die Zustimmung der europäischen PartnerInnen zur deutschen Wiedervereinigung zu erhalten,

Andreas Resch ist stellvertretender Vorstand des WU-Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.



verknüpft mit dem Einlenken der Deutschen zu einer gemeinsamen Währung“, sagt Resch. Das Hartwährungsland Deutschland machte sozusagen ein freundliches Gesicht zum Euro, um in freundliche Gesichter zur deutschen Wiedervereinigung blicken zu können. Der stufenweise Plan zur gemeinsamen Währung wurde 1989 vom Kommissionspräsidenten Jacques Delors entworfen, 1992 folgte der Vertrag von Maastricht, der die EU entstehen ließ und jene Konvergenzkriterien enthielt, die ein Land zur Einführung der gemeinsamen Währung erfüllen muss. „Das Aussehen der Europäischen Zentralbank wurde im Vertrag von Maastricht festgeschrieben, wie auch die Unabhängigkeit der Notenbank und das Inflationsziel für eine dauerhafte Stabilität der neuen Währung“, so Resch.

ExpertInnen sind sich einig, dass der gemeinsame Euro in der Zeit der Weltfinanzkrise schlimmere Folgen verhindert hat. Einzelne Währungen wären exponierter gewesen und hätten vermehrt unter Druck gestanden als der gemeinsame Euro. Was den klassischen früheren Weichwährungsändern in den Jahren nach der Einführung des Euros allerdings nicht gelungen ist, ist das billigere verfügbare Geld – ihre Zinsenlast ist deutlich gesunken – in eine höhere Produktivität umzumünzen. „Doch der Euro hat in jedem Fall eine Vertiefung des EU-Binnenmarkts bewirkt und mit der Bankenunion sind wir in Europa noch ein Stück weiter zusammengekommen“, betont Nowotny, der auch die Rolle der WU vor der Einführung des Euros hervorhebt. „Die WU hat sich in vielen Studien mit den Auswirkungen des Euros beschäftigt und damals ihre gesellschaftspolitische Rolle voll erfüllt.“ Ein Euro ist übrigens 13,7603 Schilling wert – mittlerweile auch eine Zahl für die Geschichtsbücher.

Was bringt die Zukunft?

Werden wir in 20 Jahren noch Währungen kennen, wie es sie heute gibt, oder wird man mit Bitcoins oder anderen Blockchain-Anwendungen zahlen? Shermin Voshmgir, Direktorin des WU-Forschungsinstituts für Kryptoökonomie, glaubt, dass es den Euro in 20 Jahren „sehr wahrscheinlich noch geben wird“. Anfang 2018 wurde an der Wirtschaftsuniversität Wien das Forschungsinstitut rund um die Themen Blockchain, Kryptowährungen und Distributed Ledger Technologie eingerichtet – weltweit in dieser Form und Größe einzigartig. Der interdisziplinäre Zugang ist zukunftsweisend, denn Kryptoökonomie ist ein junges Forschungsfeld mit weitreichenden technischen und sozioökonomischen Implikationen. Den Begriff Kryptowährung findet Voshmgir übrigens wenig gelungen,



Shermin Voshmgir ist Direktorin des WU-Forschungsinstituts für Kryptoökonomie.

sie spricht lieber von Token. Ein kryptografischer Token kann relativ einfach mithilfe der Blockchain-Technologie erstellt werden und für Öl, Gold oder ein Konzertticket stehen. „Diese Token können dann direkt von einer digitalen Geldbörse, einer Wallet, zur anderen getauscht werden“, erklärt Voshmgir. Vereinfacht gesagt, ist dies also eine Rückkehr zum Tauschhandel. „Durch das Internet ist die Welt kleiner geworden. Wenn man früher zum Markt ging, war man darauf angewiesen, dass man jemanden zum Tauschen gefunden hat, der

hatte, was man wollte, und bereit war, dafür das zu nehmen, was man selbst zum Tausch anzubieten hatte.“ Durch die weltweite Vernetzung sei es viel einfacher geworden, TauschpartnerInnen zu finden. Dazu muss nicht zwingend Geld im Spiel sein, Ersatz kann jede tokenisierte Ware sein. „Transaktionsgebühren fallen so weg“, erklärt Voshmgir, die überzeugt ist, dass irgendwann alle Güter tokenisiert werden. Solange der Staat jedoch das Monopol der Geldschöpfung besitze, werde es die klassischen Währungen weiterhin geben. Wobei Voshmgir betont: „Auch Währungen können tokenisiert werden.“ Die meisten Transaktionen sind bereits digital. Voshmgir schätzt, dass die ersten Zentralbanken in den kommenden fünf Jahren ihre Währungen auch als Token zur Verfügung stellen werden. Ein Trend, den Nowotny bestätigt: „Eventuell werden wir zukünftig Nationalbankgeld nicht nur als Bargeld und Buchgeld, sondern auch als digitales Geld sehen.“



Ewald Nowotny ist Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank.

Tipp

Mehr zum Thema am 3. April bei der Podiumsdiskussion „WU matters. WU talks.“: „The EURO is turning 20 – What comes next?“. Zu Gast an der WU sind Shermin Voshmgir, Ewald Nowotny und Tomas Holub, Vizegouverneur der Tschechischen Zentralbank. wu.at/matters-euro

Leben und arbeiten ohne Grenzen

Die EU ermöglicht, in anderen Mitgliedstaaten zu leben und zu arbeiten. Neben ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Studierenden profitiert davon auch die österreichische Wirtschaft.

Die EU baut auf offene Grenzen und ermöglicht EU-BürgerInnen grundsätzlich, in andere Mitgliedstaaten einzureisen und sich dort frei zu bewegen und aufzuhalten. Das bedeutet auch, dass man sich in jedem Mitgliedstaat wirtschaftlich betätigen kann. „Der EU-Vertrag garantiert die sogenannte ‚ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit‘“, erklärt Professor Franz Marhold vom WU-Institut für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht. „Und nach dem Ende einer Beschäftigung dürfen EU-BürgerInnen zum Zweck der Arbeitssuche im Land bleiben.“ Aufgrund einer Unionsbürgerschaft hat man allerdings noch kein Recht, in ein anderes EU-Land einzuwandern, ohne dort zu arbeiten. „Das Einwandern in Sozialsysteme anderer Länder ist explizit ausgenommen.“ Wer also ohne Arbeit nach Österreich kommt, erhält noch keinen dauerhaften Aufenthaltstitel. „Den gibt es nur im Rahmen einer ökonomischen Tätigkeit“, sagt Marhold.

Rund vier Prozent der EU-BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter nutzen diese Möglichkeit – in den Zielländern sind die mobilen ArbeitnehmerInnen unverzichtbar. Auch in Österreich bauen viele Branchen auf die Arbeitskraft aus dem Ausland auf, so etwa die 24-Stunden-Betreuung. August Österle, Professor vom WU-Institut für Sozialpolitik, beschäftigt sich unter anderem mit ökonomischen Fragen dazu: „Hier arbeiten zu 95 Prozent Frauen, die in einem zwei- oder mehrwöchigen Rhythmus zwischen den mitteleuropäischen Herkunftsländern – vor allem

Rumänien und Slowakei – und Österreich als Zielland pendeln“, erklärt Österle. So waren Ende 2017 in Österreich etwa 62.000 Menschen in privaten Haushalten als PersonenbetreuerInnen tätig. Ohne ArbeitnehmerInnen aus dem Ausland würde beispielsweise die 24-Stunden-Betreuung kaum möglich sein: „Die Arbeit, die heute von mobilen ArbeitnehmerInnen erbracht wird, ist auch weiterhin notwendig, müsste also von anderen erbracht werden – mit enormen ökonomischen Konsequenzen“, so Österle. So würde der Mehraufwand auf traditionelle Pflege- und

Franz Marhold ist Professor am WU-Institut für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht.



„Das Einwandern in Sozialsysteme ist von der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit explizit ausgenommen.“

Franz Marhold

Betreuungsdienste – mit der damit einhergehenden Frage, inwiefern die Kosten dann von den Betroffenen oder von Bund und Ländern getragen werden könnten – und die Pflege innerhalb der Familien zurückfallen.

Geschlossene Lücken

Am Arbeitsmarkt werden durch den Zuzug von Arbeitskräften Lücken geschlossen, die sonst durch mangelnde Qualifikation oder die gebotenen Arbeitsbedingungen und Löhne nicht durch inländische Arbeitskräfte besetzt werden können. Gerade in Niedriglohnbereichen finden sich deshalb häufig Menschen aus ökonomisch schwächeren Ländern. Neben dem Pflegewesen sind dies vor allem Sektoren wie die Reinigung und das Baunebengewerbe.

Gleichzeitig fehlen in den Herkunftsländern die Arbeitskraft und damit auch die Steuereinnahmen. „In Polen wird diese Lücke – vor allem im Pflegebereich – von WeißrussInnen gefüllt. In Rumänien ist die Wirtschaft auf MoldawierInnen angewiesen, wobei diese den Vorteil der gemeinsamen Sprache haben“, sagt Marhold. Viele Arbeitskräfte aus den Nachbarländern pendeln auch, beispielsweise UngarInnen ins Burgenland oder SlowakInnen nach Wien. Menschen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind, können von der EU-Freizügigkeit ebenso profitieren. „In den vergangenen Jahren sind immer mehr österreichische PensionistInnen nach Bulgarien gezogen“, so Marhold. In den warmen Gefilden am Schwarzen Meer lässt es sich für Menschen mit kleiner Pension bei geringeren Lebenshaltungskosten wesentlich günstiger leben als in Österreich. „Auch Süditalien wirbt explizit um PensionistInnen. Hier muss man in den ersten fünf Jahren nur sieben Prozent Steuern zahlen, wenn man in eine Stadt mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen zieht.“ Etwa in den Provinzen Kalabrien oder Apulien soll die Bevölkerung so wieder diversifizierter werden.

Studieren und arbeiten im EU-Ausland


Die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, nutzen auch viele WU-Studierende, die sich auf ein global ausgerichtetes Wirtschaftsleben vorbereiten. Die WU legt großen Wert darauf, dass möglichst viele ihrer Studierenden Erfahrungen im Ausland sammeln. Allein im Studienjahr 2017/18 machten sich 1002 WU-Studierende auf den Weg in 41 Länder, um dort zu studieren und zu arbeiten. Auslandspraktika sind eine gute Gelegenheit, um internationale Arbeits Erfahrung zu sammeln. Melina Lehofer, mittlerweile

August Österle ist außerordentlicher Professor am WU-Institut für Sozialpolitik.



„Die Arbeit, die heute von mobilen ArbeitnehmerInnen erbracht wird, ist auch weiterhin notwendig.“

August Österle

Absolventin des WU-Bachelorstudiums Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, nutzte sie für ein Volontariat beim Außenwirtschaftscenter der Wirtschaftskammer Österreich in London. „Ins Ausland zu gehen war für mich persönlich und beruflich ein wichtiger Schritt und die WU hat mich darauf sehr gut vorbereitet“, sagt sie. In London habe sie ihre Sprachkenntnisse vertieft und Berufspraxis gesammelt. „Eine wertvolle Erfahrung, die ich nicht missen möchte, und auf die ich in meinem jetzigen Beruf immer gerne zurückgreife.“ Auch das Thema Brexit war im Arbeitsleben allgegenwärtig: „Wir hatten jede Woche ein Meeting, und es gab immer wieder neue Herausforderungen, vor die uns der bevorstehende Austritt aus der EU stellte.“ Mittlerweile arbeitet Lehofer im WU ZBP Career Center, einer professionellen Schnittstelle der WU zwischen Studium und Arbeitsmarkt, die junge WirtschaftsakademikerInnen bei ihrem Berufseinstieg und ihrer Karriereplanung unterstützt. 

100 Jahre Forschung, die wirkt: WU-ForscherInnen im Dialog


1919 wurde die k. k. Exportakademie zur Hochschule für Welthandel. Damit hielt die Forschung Einzug in der heutigen Wirtschaftsuniversität Wien. Zum Jubiläum 100 Jahre Forschung beantworten die ExpertInnen der WU 100 Fragen von Menschen, die mehr wissen wollen – über die Wirtschaft und wie sie unsere Gegenwart und Zukunft prägen wird.



Edeltraud Hanappi-Egger, WU-Rektorin.

100 Jahre nach der Gründung der Hochschule für Welthandel ist die Forschung ein wichtiger Bestandteil der WU und forschungsgeleitete Lehre nicht mehr wegzudenken. Rund 1600 WissenschaftlerInnen arbeiten hier interdisziplinär an Zukunftsfragen. An 62 Instituten der WU wird Spitzenforschung betrieben, die ökonomische, sozialwissenschaftliche, juristische, ökologische und kulturell relevante Themen umspannt und damit zur Lösung aktueller und zukünftiger Herausforderungen beiträgt.

Dass Wirtschaft uns alle betrifft, zeigen die zahlreichen Wirtschaftsinteressierten, die auf der Webseite www.100jahreforschung.at ihre ökonomischen Fragen an die WU-ExpertInnen richten, die von Konsum über Gesundheit und Arbeitsmarkt bis hin zu Fragen der Globalisierung reichen.

Die beiden WU-ExpertInnen Alyssa Schneebaum und Christoph Weiss haben zwei spannende Fragen beantwortet: Über Antworten der beiden ForscherInnen durften sich Lavanya Jedler aus Wien und Maximilian Kettner aus Lassing freuen. 

„Der WU ist es ein großes Anliegen, Antworten auf die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen zu finden und diese für die Menschen greif- und nutzbar zu machen.“

Edeltraud Hanappi-Egger

Treten Sie in Dialog mit den WU-WissenschaftlerInnen

Schicken Sie uns Ihre Frage als Text oder Video online auf 100jahreforschung.at

Wir freuen uns auf Ihre Fragen!



Lavanya Jedler stellte Wissen-schaftlerin



Alyssa Schneebaum eine Frage zum Gen-der Pay Gap.

Lavanya Jedler, Fluglinienangestellte aus Wien:

Warum gibt es heute noch immer einen Gender Pay Gap, also Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern?

Alyssa Schneebaum, Wissenschaftlerin am WU-Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie:

In Österreich ist der Gender Pay Gap besonders hoch, vor allem weil die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern noch sehr traditionell ist. Männer leisten viel mehr bezahlte Arbeit als Frauen, während diese umgekehrt mehr unbezahlte Arbeit leisten, das heißt: Pflege- und Obsorgetätigkeiten. Frauen sind unter anderem deswegen häufiger in Teilzeit beschäftigt, was mit niedrigeren Stundenlöhnen einhergeht. Ein weiterer Grund liegt darin, dass Männer öfter in Berufen tätig sind, in denen mehr bezahlt wird, während typische „Frauenberufe“, wie zum Beispiel Sekretärin oder Lehrerin, schlechter bezahlt werden. Selbst für die exakt gleiche Tätigkeit bekommen Frauen oft weniger Geld als Männer. All diese Unterschiede haben ihren Ursprung in der sozialen Konstruktion von Genderrollen. Wenn etwa das Hauptbild von Frauen ist, dass es „natürlich“ sei, wenn Frauen mehr Pflegearbeit übernehmen, dann wird die Arbeit von Frauen am Arbeitsmarkt nicht gleich geschätzt – oder bezahlt – wie diese von Männern. Diese konstruierten Genderrollen verändern sich nur langsam. Wirtschaftspolitisch aber könnte schneller etwas geändert werden: Ein erster Schritt wäre mehr Transparenz beim Einkommen, damit die Arbeitnehmerinnen überprüfen können, ob sie schlechter entlohnt werden als ihre männlichen Kollegen.



Maximilian Kettner befragte Professor



Christoph Weiss zur Preisentwicklung in der Landwirtschaft.

Maximilian Kettner, Student aus Lassing:

Warum sind die Preise, die LandwirtInnen für landwirtschaftliche Rohprodukte wie Milch bekommen, in den letzten 25 Jahren kaum gestiegen, obwohl die Produktionskosten stark zugenommen haben?

Christoph Weiss, Professor am WU-Institut für Volkswirtschafts-politik und Industrieökonomik:

Um diese Preisentwicklungen zu verstehen, muss man sich Veränderungen auf der Nachfrage- und auf der Angebotsseite ansehen: In den reichen Volkswirtschaften gibt es bei der Nachfrage nach Nahrungsmitteln Sättigungseffekte – das heißt, das Bedürfnis nach Lebensmitteln ist befriedigt. Wenn das Einkommen wächst, können die KonsumentInnen mehr Güter kaufen. Sie kaufen jedoch nicht primär mehr Kartoffeln oder mehr Brot, sondern investieren in Unterhaltungselektronik, Kleidung oder exotische Urlaube. Ein Beispiel: Vor 100 Jahren betrug der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel am gesamten Konsum noch über 50 Prozent; heute liegt dieser Anteil bei lediglich 14 Prozent. Und gleichzeitig ist das Angebot an Nahrungsmitteln deutlich gestiegen. Gründe dafür sind die Fortschritte in der Pflanzen- und Tierzucht, die Verbesserung der Betriebsorganisation sowie die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft. Auch dazu ein plakatives Beispiel: Ein/e LandwirtIn konnte im Jahr 1900 mit dem Ertrag ihrer Landwirtschaft etwa vier Personen ernähren. Heute wiederum ernährt ein/e LandwirtIn etwa 140 Personen. Das bedeutet: Die Nachfrage wächst schwach und gleichzeitig gibt es durch den technischen Fortschritt viel mehr Angebot. Das hat dazu geführt, dass die Preise landwirtschaftlicher Produkte nur gering-fügig gestiegen sind.

FOTO: NATHAN MURRELL, BEIGESTELLT

WUSSTEN SIE, DASS
SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN
DIE WIRTSCHAFT STABILISIEREN?

Was möchten Sie sonst noch wissen? Die WU erforscht, was Wirtschaft und Gesellschaft bewegt. Stellen Sie uns jetzt Ihre Fragen: www.100JahreForschung.at
 Wir geben die Antworten.

Vision vom nachhaltigen Verkehrssystem

Auto oder Bahn? Stefanie Peer, Transportökonomin und Assistenzprofessorin, erforscht, wie Menschen mobilitätsbezogene Entscheidungen treffen – und kommt auf überraschende Ergebnisse.

Österreich läuft Gefahr, ein wichtiges EU-Klimaziel zu verfehlen. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen um 36 Prozent verringert werden. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß, der durch Verkehr verschuldet worden ist, in Österreich jedoch stark angestiegen. Stefanie Peer, Assistenzprofessorin am WU-Institut für Multi-Level Governance and Development, möchte mit ihrer Forschung zu einem nachhaltigeren Verkehrssystem beitragen. Seit fünf Jahren ist die Transportökonomin an der WU und hat in zahlreichen Projekten die Mobilität aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im Forschungsprojekt RELAUT beschäftigte sie sich mit der Reisezeitenunzuverlässigkeit in Österreich und im Forschungsprojekt IP-SUNTAN analysierte sie innovative Maßnahmen für nachhaltigen urbanen Transport. Im Jänner 2019 wurde Peer von der WU als Forscherin des Monats ausgezeichnet, unter anderem für ihre Analysen, wie Personen mobilitätsbezogene Entscheidungen treffen.

Bereitschaft für Öffis ist gegeben

Peer arbeitet zurzeit an mehreren Studien, die sich damit beschäftigen, einen einzigartigen Datensatz zu analysieren, der durch das Institut für Verkehrswesen der Boku Wien erhoben wurde. Dieses sogenannte Mobility Activity Expenditure Diary (MAED) besteht daraus, dass 700 Berufstätige aus ganz Österreich für eine Woche lang ihr Mobilitätsverhalten, ihre Zeitzu- und ihre Einnahmen und Ausgaben dokumentierten. Peer leitete gemeinsam mit einem Team von WissenschaftlerInnen der Boku Wien, der ETH Zürich, der TU Dresden und der Universidad de Chile aus den Daten Hypothesen ab und testete diese mithilfe von sogenannten Diskreten Entscheidungsmodellen, mit denen sich das beobachtete Mobilitätsverhalten erklären lässt. „Aus diesen Erkenntnissen

lässt sich zum Beispiel der Value of Travel Time Savings ausrechnen, also wie viel man dafür bereit ist, für eine Verkürzung der Reisezeit zu bezahlen.“ Das Ergebnis ist überraschend: Bei gleicher Reisezeit und gleichen Kosten sind die StudienteilnehmerInnen eher dafür bereit, die Reisezeit im Auto zu reduzieren als jene im öffentlichen Verkehr. „Grund ist vermutlich der hohe Komfort in den öffentlichen Verkehrsmitteln“, sagt Peer. „Die Reisezeit kann produktiv genutzt werden – zum Beispiel um zu arbeiten, zu entspannen oder für Entertainment.“ Grundvoraussetzung sei, dass ein hochwertiges öffentliches

„Mich interessieren vor allem sozioökonomische und ökologische Effekte“

Stefanie Peer

Verkehrnetz bestehe und die alternativen Verkehrsmittel zuverlässig und gut ausgestattet seien. Die Forscherin hofft, dass die Studienergebnisse EntscheidungsträgerInnen dazu animieren, in nachhaltige Infrastrukturprojekte sowie in den Komfort von öffentlichen Verkehrsmitteln zu investieren. Wichtig wären Nachfolgeprojekte, so Peer, in denen auch Daten zu Sekundäraktivitäten erhoben werden, unter anderem dazu, wie sich Personen in öffentlichen Verkehrsmitteln beschäftigen.

Ein Experiment mit PendlerInnen aus dem Wiener Umland, die tagtäglich mit dem Auto zur Arbeit in die Hauptstadt fahren, hat jedoch auch gezeigt, dass in dieser Gruppe nur wenige bereit sind, ihr Mobilitätsverhalten zu ändern – selbst, wenn im Gegenzug finanzielle Anreize dafür sprechen würden. In diesem Fall gehen alternative Verkehrsmittel meistens mit deutlich höheren Reisezeiten einher. Aktuell engagiert sich die Wissenschaftlerin unter anderem beim



FOTO: NATHAN MURRELL

Projekt SimSAEV, in dem die Themenfelder Sharing, Elektrifizierung und Automatisierung im Verkehr beleuchtet werden. „Mich interessieren dabei vor allem sozioökonomische und ökologische Effekte“, so Peer, die jedoch bei aller Euphorie zu bedenken gibt: „Man kann davon ausgehen, dass sich die Mobilität tatsächlich stark in Richtung Elektrifizierung und autonomes Fahren entwickeln wird. Wie das Mobilitätssystem der Zukunft aussehen wird, wird jedoch stark davon abhängen, in welcher Form Länder und Städte von Instrumenten, wie etwa Regulierungen und Steuern, Gebrauch machen“, sagt die Wissenschaftlerin. //

Zur Person

Stefanie Peer. Die Forscherin, geboren in Oberösterreich, studierte in Innsbruck, Austin, New Orleans, Rotterdam und Amsterdam – 2013 kam sie an die WU. Als Assistenzprofessorin ist sie am WU-Institut für Multi-Level Governance and Development tätig und Vorstandsmitglied der International Transport Economics Association (ITEA) und des Network on European Communications and Transport Activity Research (NECTAR). Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Personenverkehr.

Sprungbrett in die Führungsetage

Das WU Masterprogramm Strategy, Innovation, and Management Control fördert das unternehmerische Denken und lehrt unter anderem, wie man ein Start-up-Unternehmen gründet.



Hannah Wundsam studiert Strategy, Innovation, and Management Control an der WU.

Die Führungskräfte von morgen sitzen heute auch in den Vorlesungen des Masterprogramms Strategy, Innovation, and Management Control (SIMC) an der WU – Hannah Wundsam ist eine davon. Die Studentin absolvierte bereits das Bachelorstudium Internationale Betriebswirtschaft an der WU, danach arbeitete sie ein halbes Jahr in einer Innovationsberatung. Für das Masterprogramm ist sie zurück an die WU gekommen, denn sie will mehr darüber lernen, wie man ein Unternehmen aufbaut und welche Innovationsmethoden es gibt. „Später könnte ich mir vorstellen, ein eigenes Social Business zu gründen oder beim Aufbau eines solchen mitzuwirken. Außerdem fände ich den Bereich Impact Investing spannend“, erzählt sie. „Im Master werden wir darauf gut vorbereitet. Wir entwickeln selbst Unter-

nehmensideen, die wir vor den KollegInnen pitchten müssen und kürzlich hielt etwa ein Professor der London Business School den Kurs Entrepreneurial Finance, in dem wir vieles über die Finanzierung und Bewertung von Start-ups lernten.“

Das internationale QS World University Ranking reihte SIMC auf den 18. Platz der Masters in Management. Das Programm kombiniert Theorie, Praxis und Social Skills. Der Studienplan im zweiten Jahr ist flexibel gehalten, sodass die Studierenden aus verschiedenen Spezialisierungen wählen können. Um ein Unternehmen zu gründen oder in eine leitende Position aufzusteigen, ist das Masterprogramm ein Sprungbrett: Die Alumni sind am Arbeitsmarkt erfolgreich vertreten, so wie etwa Fridolin Herkommer, Leiter des Büros für digitale Agenden der Arbeiterkammer Wien, und Markus Raunig, Managing Director bei AustrianStartups. Auch der WU-Professor und Academic Director des Masterprogramms, Werner Hoffmann, bestätigt: „Unser SIMC-Masterprogramm ist ein ambitioniertes, international ausgerichtetes Management-Masterprogramm, welches den AbsolventInnen eine breite Auswahl an Karrieremöglichkeiten bietet. Sowohl im Unterricht als auch durch die aktive Student Community werden unternehmerisches Denken und eine unternehmerische Haltung vom ersten Tag an gefördert.“

International ausgerichtet

Networking steht im Fokus, die Studierendencommunity ist gut vernetzt: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich einzubringen, wie zum Beispiel in der Organisation der Entrepreneurship Avenue, Europas größter Start-up-Konferenz für Studierende. „Das hat mir die Möglichkeit gegeben, Kontakte in der Start-up-Welt zu knüpfen und zu lernen, wie man eine große Veranstaltung, rein mit VolontärInnen, auf die Beine stellt“, sagt Wundsam. 60 Plätze werden pro Jahrgang für das Masterprogramm vergeben. Der Studiengang ist international ausgerichtet, da es viele Möglichkeiten gibt während des Studiums Auslandserfahrung zu sammeln und mit internationalen Studierenden zusammenzuarbeiten. Besonders beliebt sind die Plätze für Double Degrees, wie auch die Möglichkeit ein Auslandssemester zu machen. Wundsam selbst war für ein Semester in Südafrika: „Dort habe ich in einem Non-Profit-Unternehmen gearbeitet. Es war schön zu sehen, wie ich mich mit meinem Wissen aus dem Studium einbringen konnte.“ wu.at/simc

E V E N T S

WU Master Day, 3. April 2019, 9.30 bis 16.30 Uhr

Interessierte haben die Möglichkeit, sich am WU Master Day persönlich und im direkten Gespräch über alle 15 Masterprogramme der WU zu informieren. VertreterInnen aller Programme stehen vor Ort für Fragen zur Verfügung.

Masterprogramme in Deutsch: Steuern und Rechnungslegung, Management, Sozioökonomie, Wirtschaftsrecht, Export- & Internationalisierungsmanagement, Finanzwirtschaft und Rechnungswesen, Wirtschaftspädagogik.

Englischsprachige Programme: Economics, Supply Chain Management, Socio-Ecological Economics and Policy, Quantitative Finance, Marketing, Strategy, Innovation, and Management Control, Information Systems, International Management/CEMS.

Wirtschaftsuniversität Wien, Library & Learning Center Forum & Festsaal 2



WU matters.
WU talks.
Veranstaltungsreihe zu den
Herausforderungen unserer Zeit

Die WU sieht es als ihre Aufgabe, sich mit gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen und einen Beitrag zu zukunftsfähigem Denken zu leisten. Mit dem Veranstaltungsformat „WU matters. WU talks.“ werden wirtschaftswissenschaftlich relevante Themen in das öffentliche Licht gerückt.

Weitere „WU matters. WU talks.“- Veranstaltungen:

„Die urbane Mobilität von morgen“:

Mobilität wird neu gedacht.
15. Mai 2019, 18 Uhr.

„Darf man das sagen?“:

Meinungsfreiheit im Internet.
22. Mai 2019, 18 Uhr.

„Veganismus, Feminismus und Proteinwende“:

Genderrollen und Veganismus.
20. März 2019, 18 Uhr.

„Sozialer Aufstieg in Österreich. Eine Leiter ohne Sprossen?“:

Gerechtigkeit.
29. Mai 2019, 18 Uhr.

Alle „WU matters. WU talks.“-Veranstaltungen finden am Campus WU, im Gebäude LC, im Festsaal 1 statt.
wu.ac.at/wumatters

27. März 2019, 18 Uhr

„Brexit – und was dann?“

Es diskutieren: Harald Oberhofer (Stellvertretender Vorstand des WU-Instituts für Internationale Wirtschaft) und Christoph Boschan (CEO der Wiener Börse). Moderation: Christian Ultsch (Ressortleiter Außenpolitik, „Die Presse“).

3. April 2019, 18 Uhr

„The EURO is turning 20 – What comes next?“

Es diskutieren: Shermin Voshmgir (Direktorin WU-Forschungsinstitut für Kryptoökonomie), Tomas Holub (Vizegouverneur Tschechische Zentralbank) und Ewald Nowotny (Gouverneur Österreichische Nationalbank). Moderation: Harald Badinger (WU-Vizekanzler für Finanzen).

8. Mai 2019, 18 Uhr

„Familienunternehmen – Zukunftsstar oder Auslaufmodell?“

Es diskutieren: Anette Klinger (Geschäftsführerin der IFN Beteiligungs GmbH) und Susanne Kalss (Leiterin des WU-Instituts für Unternehmensrecht). Moderation: Michael Kötritsch (Leiter der Karriere- und Spezialredaktion von „Die Presse“).

Impressum: Ausgabe 1/2019. Medieninhaber, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: WU (Wirtschaftsuniversität Wien), 1020 Wien, Welthandelsplatz 1. Rektorat: Edeltraud Hanappi-Egger (Rektorin), Harald Badinger, Michael Lang, Edith Littich, Stefan Pichler. WU-Koordination: Renata Schuster, Christopher Posch, Melanie Hacker. Produktion: Die Presse Verlags-Ges.m.b.H. & Co KG, 1030 Wien, Hainburger Straße 33, Tel.: 01/514 14-Serie. Geschäftsführung: Herwig Langanger, Rainer Nowak. Redaktion: Andreas Tanzer (Ltg.), Eva Walisch. Art Direction: Matthias Eberhart. Produktion: Thomas Kiener, Christian Stutzig. Anzeigen: Tel.: +43/(0)1/514 14-535, E-Mail: anzeigenleitung@diepresse.com. Hersteller: Druck Styria GmbH & Co KG, Styriastraße 20, 8042 Graz. Coverfoto: Nathan Murrell. Unternehmensgegenstand: gemäß Aufgabendefinition in §3 Universitätsgesetz 2002. Grundlegende Richtung: Das „WU Magazin“ versteht sich als Informationsplattform der Wirtschaftsuniversität Wien für die gesamte Öffentlichkeit.

In einer Union zusammenstehen

Franz Vranitzky engagierte sich als Finanzminister und Bundeskanzler für Österreichs Beitritt in die EU. Ein Rückblick und ein Ausblick in die Zukunft.

Am EU-Beitritt haben Sie als Regierungschef entscheidend mitgewirkt. Wie war das damals?

Als ich 1984 mein Regierungsamt als Finanzminister antrat, sind VertreterInnen aus der Wirtschaft und der Wirtschaftsforschung an mich herantreten und haben mir dargelegt, dass es aus wirtschaftlicher und politischer Sicht erstrebenswert wäre, der Europäischen Gemeinschaft (EG) beizutreten. Auch mir erschien das sinnvoll. Ich ließ deshalb fundierte Untersuchungen vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, der Oesterreichischen Nationalbank, der Industriellenvereinigung, aber auch von der Wissenschaft erstellen. Alle zeigten, dass ein Beitritt absolut positiv für unsere Wirtschaft und auch für die Beschäftigten wäre. Dazu kam das Thema Mitsprache: Wir wickelten zu dieser Zeit ungefähr zwei Drittel unseres Außenhandels mit den damals zwölf Mitgliedern der EG ab, waren aber in gewisser Weise diskriminiert. Viele Entscheidungen der EG hatten Auswirkungen auf uns und wir konnten nicht mitbestimmen. Mit dem Wissen um die Sinnhaftigkeit des Beitritts gelang es mir, in meiner Partei schrittweise einen positiven Meinungsbildungsprozess einzuleiten. Nach Einigung in der Regierung gaben wir im Juni 1989 unser Beitrittsansuchen ab.

Dann war aber noch die Hürde der Volksabstimmung zu überwinden.

Die Jahre vom Beitrittsansuchen bis zur Volksabstimmung 1994 waren von intensiver Überzeugungsarbeit geprägt. Die Mitglieder der Bundesregierung, der Gewerkschaft, der Wirtschaftskammer, aber auch die Medien haben gemeinsam mitgewirkt, um ein positives Klima aufzubauen. Bei der Volksabstimmung entschieden sich dann zwei Drittel der Abstimmenden für den geplanten Beitritt.

„Der EU-Beitritt war ein absolut richtiger Schritt, das lässt sich an allen ökonomischen Kenndaten nachweisen.“

Franz Vranitzky

Am 1. Jänner 1995 kam es zum EU-Beitritt. Haben sich Ihre damit verbundenen Erwartungen erfüllt?

Es war ein absolut richtiger Schritt, das lässt sich an allen ökonomischen Kenndaten nachweisen. Dazu kommt, dass die österreichische Industrie als Folge des EU-Beitritts und der Veränderungen in Osteuropa zu dieser Zeit auch einen beachtlichen Strukturwandel vollzogen hat.

Eine Erfolgsgeschichte, aber die Skepsis in der Bevölkerung ist größer als 1995. Warum?

Viele europäische Regierungen haben ab der Jahrtausendwende keine aktive Europapolitik mehr betrieben. Man hat es unterlassen, Teile der Bevölkerung in diesem Integrations- und Veränderungsprozess mitzunehmen. Ich war vor der Volksabstimmung auf unzähligen Versammlungen, um die Fragen der Menschen zu beantworten. Eine solche aktive Politik für die EU gibt es nicht mehr. In der Politik ist man heute bestrebt, vor allem angenehme Nachrichten zu verbreiten und kontroverielle Themen möglichst nicht anzugehen. Aber es gibt zahlreiche Probleme von der Immigration bis zum Arbeitsmarkt. Das führt dazu, dass viele Menschen für sich keine Zukunft mehr sehen und das mündet dann in Entwicklungen wie dem Brexit in Großbritannien.

Kann das Thema Austritt auch für andere Länder der EU aktuell werden?

So wie es jetzt läuft, scheint mir diese Gefahr nicht gegeben zu sein, weil kein/e denkende/r EuropäerIn so eine Entwicklung wie in Großbritannien für ihr/sein Land wünscht. Angesichts der großen Herausforderungen, die auf uns nicht zuletzt durch die internationalen Entwicklungen zukommen, ist es aber notwendiger denn je, dass Europa in einer gemeinschaftlichen Union zusammensteht. Die Staatskunst wird darin bestehen, die Bedeutung der Nation in einer sich integrierenden europäischen Welt als Aktivum herauszustellen und sich damit aber



FOTO: NATHAN MURRELL

Zur Person

Franz Vranitzky. Dr. Franz Vranitzky war von 1984 bis 1986 Bundesminister für Finanzen, von 1986 bis 1997 Bundeskanzler und 1988 bis 1997 Bundesparteivorsitzender der SPÖ. In seine Regierungszeit fielen der Beschluss, der Europäischen Gemeinschaft (ab 1993 Europäischen Union) beizutreten (1989), eine Volksabstimmung dazu (1994) und letztlich der Beitritt (1995). Vranitzky studierte Handelswissenschaften an der Hochschule für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität Wien) und promovierte 1969 zum Dr. rer. comm.

Franz Vranitzky

ist WU-Alumnus und ehemaliger Finanzminister und Bundeskanzler.

auch klar von jedem Rückfall in nationalstaatliche oder nationalistische Ausuferungen abzugrenzen.

Sie haben in den sechziger Jahren an der Hochschule für Welthandel, der Vorgängerinstitution der WU, studiert. Wie war diese Studienzeit?

Schön! Und ganz besonders schöne Erinnerungen verbinde ich mit bestandenen Prüfungen. Die Hochschule für Welthandel hatte eine sehr klare Struktur. Das war spannend. Man konnte sich für Betriebswirtschaftslehre ebenso interessieren wie für Volkswirtschaftslehre. Im Rahmen der BWL gab es eine sehr intensive Einführung in das Rechnungswesen. Das war eine wichtige Grundlage für das Verständnis der Wirtschaft. VWL war eine Dogmengeschichte, aber wenn ich heute zurückdenke, ist es noch immer interessant zu wissen, wer Adam Smith oder Othmar Spann waren. Durch diese Ausbildung, angereichert durch Wirtschaftsgeografie und Wirtschaftsrecht sowie zwei Fremdsprachen, hat man sich in der Wirtschaft und in der Verwaltung dann sehr gut bewegen können.

War Ihr Studium eine gute Basis für Ihre Karriere?

Ich habe das Studium immer als nützlich, gewinnbringend und als eine gute Ausrüstung für meine berufliche Zukunft gesehen. Es war ein wertvoller Wissensstock, den man sich erarbeitet hat.

Stehen Sie heute mit der WU in Verbindung?

Insofern, als ich viele dort Studierende kenne. Einer davon ist ein enger Verwandter, nämlich mein Enkelsohn. Ich nehme, zwar nicht intensiv, aber doch, an den Entwicklungen dieser Universität teil. Vor mehr als 20 Jahren gründete ich die Wiener Schumpeter-Gesellschaft. Sie hat ihren Sitz an der Wirtschaftsuniversität, sie war und ist eine Brücke zur Harvard Universität. Ich bin also mit dem akademischen Teil der Wirtschaftswissenschaften verbunden und habe nach wie vor mit Lehrenden Kontakt.





Wollen Sie die Perspektive wechseln? Dann verstärken Sie unsere **Assurance Services**. Ob **Student, Absolvent** oder **Berufserfahrener**: Behalten Sie trotz Rotation Ihre Zukunft fest im Blick. Interessante Kunden und vielfältige Karrieremöglichkeiten erwarten Sie.

www.ey.com/at/shiftyourperspective #ShiftYourPerspective

Sorry.
Nix für Starrköpfe.